

Inhaltsverzeichnis

3 Begrüßung

Prof. Dr. Theo Siegert

*Vorsitzender des Stiftungsrates
der Stiftung Marktwirtschaft*

Prof. Dr. Michael Eilfort

Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

4 Deutschland auf dem Weg in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft: Was zu tun ist

Dr. Andreas Audretsch MdB

*Stellv. Vorsitzender der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*

6 Das Hauptwort bleibt Grundlage des Erfolgs: „Soziale Marktwirtschaft“ morgen

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Sprecher des Kronberger Kreises*

7 Klimaschutz, Innovation, Wohlstand – nur mit, nicht gegen den Wettbewerb

Prof. Dr. Heike Schweitzer, LL.M.

*Humboldt-Universität zu Berlin,
Kronberger Kreis*

8 Der Euro – noch eine stabile, starke Währung?

Prof. Volker Wieland Ph.D.

*Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary
and Financial Stability (IMFS), Kronberger Kreis*

9 Podiumsdiskussion: Den Rahmen für Wohlstand und Nachhaltigkeit richtig setzen

Franziska Brandmann

Bundenvorsitzende der Jungen Liberalen

Tilman Kuban MdB

Bundenvorsitzender der Jungen Union Deutschland

Prof. Dr. Justus Haucap

*Gründungsdirektor des Düsseldorf Institute for
Competition Economics (DICE), Kronberger Kreis*

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Präsident des ifo Instituts, Kronberger Kreis

Prof. Dr. Berthold U. Wigger

Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Kronberger Kreis

Moderation der Veranstaltung

Dr. Ursula Weidenfeld

Seit mehr als sieben Jahrzehnten ist die Soziale Marktwirtschaft wesentliche Grundlage unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sowie unseres Wohlstandes: Als Erfolgsmodell, das die Vorteile eines möglichst freien Marktes mit dem sozialen Ausgleich verbindet und dabei tragende Prinzipien wie Eigenverantwortung, Subsidiarität, Chancen- und Generationengerechtigkeit nicht aus dem Blick verliert.

Doch gilt das auch für die Zukunft mit ihren außerordentlichen Herausforderungen wie dem russischen Überfall auf die Ukraine, die schon länger diskutierte Klimakrise und den noch länger ignorierten demografischen Wandel? Brauchen wir einen stärkeren Staat, der mehr fördert und weniger fordert, strenger reguliert und sich in kleinteiliger Steuerung versucht? Oder liegt die Zukunft in einer stärkeren Besinnung auf ordnungspolitische Prinzipien, einer klareren Trennung zwischen Staat und Markt sowie mehr ökonomischer Vernunft?

Wie also sieht die Marktwirtschaft der Zukunft aus? Wie findet eine alternde, saturierte Gesellschaft zu neuer Dynamik und Offenheit? Wie gelingt notwendige Transformation und wie lässt sich Wohlstand sichern, ohne künftige Generationen fiskalisch und ökologisch zu überlasten? Wieviel Staat brauchen, wieviel Staat vertragen eine vitale und nachhaltige Wirtschaft, Innovation und sozialer Friede? Diese und weitere Fragen diskutierte die Stiftung Marktwirtschaft auf ihrer Tagung „Wie sieht die Marktwirtschaft der Zukunft aus?“ am 7. September 2022 im Reichstagsgebäude in Berlin.



Prof. Dr. Theo Siegart

Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Marktwirtschaft

Prof. Dr. Theo Siegart, Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Marktwirtschaft, stellte die außergewöhnlich herausfordernden Zeiten, in denen diese Veranstaltung stattfindet, in den Mittelpunkt seiner Begrüßung. Zu Fehlentwicklungen und Versäumnissen in der Vergangenheit seien externe Schocks hinzugekommen, deren kumulative negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft heute noch nicht abschließend abzusehen seien. Nicht nur der Krieg in Europa habe gravierende ökonomische Folgen, auch die Energie- und Ökologiekrise werde zu erheblichen Mehrbelastungen von Bürgern und Unternehmen führen, warnte Siegart. Darüber hinaus beende die von den Notenbanken inklusive der Europäischen Zentralbank eingeläutete Zinswende die jahrzehntelange Politik des billigen Geldes. Auch wenn man hier erst am Anfang stehe, würden die zusätzlichen Belastungen, nicht zuletzt in den Staatshaushalten, bereits erkennbar.

Siegart betonte, dass vor allem junge und zukünftige Generationen unter den Versäumnissen der Vergangenheit und Gegenwart zu leiden hätten und einen Großteil der angesammelten ökonomischen Lasten schultern müssten. Daher freue er sich besonders, dass auch Vertreter der jüngeren Politiker-Generation der Einladung der Stiftung Marktwirtschaft gefolgt seien, darüber zu diskutieren, wie die Marktwirtschaft der Zukunft aussehen sollte, damit sozialer Ausgleich und Chancengerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften, Innovationskraft und Wohlstand keine Widersprüche darstellten, sondern gemeinsam realisiert werden könnten. Aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft komme dabei Prinzipien wie Eigenverantwortung, Subsidiarität und Generationengerechtigkeit eine wichtige Rolle zu. Er selbst zeigte sich zudem überzeugt, dass die Marktwirtschaft der Zukunft eine gute Portion Leistungsbereitschaft, Optimismus und Tatkraft benötige.



Prof. Dr. Michael Eilfort

Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

Es sei schön, endlich wieder eine Präsenzveranstaltung durchführen zu können, stellte Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, bei seiner Einführung in das Tagungsthema fest. Anknüpfend an die einleitenden Ausführungen von Siegart betonte er, dass man seitens der Stiftung nicht die Versäumnisse der Vergangenheit, sondern Strategien für eine möglichst gute Bewältigung der Zukunft thematisieren wolle. Allerdings sehe er nicht, dass entsprechende neue Lösungsstrategien auf politischer Ebene verfolgt werden. Vielmehr dränge sich ihm der Eindruck auf, dass es der Regierungskoalition vor allem um eine „Verlängerung der Gegenwart“ gehe, indem man die Politik des Stillstands der Großen Koalition fortsetze, etwa durch mehr Sozialleistungen, mehr Schulden oder mehr europäische Transfers. Ob daraus der angestrebte Fortschritt und zukünftige Wohlstand entstehen werde, sei mehr als fraglich.

Vor dem Hintergrund der Entlastungspakete erinnerte Eilfort daran, dass Entlastungen für die einen immer auch Belastungen für andere bedeuteten. Daher sei es wichtig, dass die Politik möglichst zielgenau agiere, anstatt das System „linke Tasche – rechte Tasche“ zu perfektionieren. Letzteres belaste vor allem die Mitte der Gesellschaft, zeigte sich Eilfort überzeugt. Es sei irreführend, wenn der Staat ständig den Eindruck vermittele, die Bürger durch Transfers vor sämtlichen Risiken schützen zu können. Zwei Gruppen litten besonders unter einer solchen Politik: Diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gingen, Leistung erbrächten, Steuern und Sozialabgaben zahlten und bei allem noch Eigenvorsorge betrieben. Sowie die jüngere Generation der unter 45-Jährigen, die schon seit Jahren zu den Verlierern einer staatlichen Umverteilungspolitik gehörten. Daher plädierte der Stiftungsvorstand dafür, Generationengerechtigkeit nicht nur ökologisch, sondern auch fiskalisch ernster zu nehmen.

4

Deutschland auf dem Weg in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft: Was zu tun ist

Dr. Andreas Audretsch MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



Dr. Andreas Audretsch MdB, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützte die These, dass die Soziale Marktwirtschaft in den zurückliegenden Jahrzehnten zu beträchtlichem Wohlstand in Deutschland geführt habe. Allerdings gelte dieser Befund nicht uneingeschränkt für alle Bereiche, sondern man müsse auch kritische Entwicklungen diagnostizieren. An einigen Stellen sei daher ein radikales Umsteuern notwendig, um in der Vergangenheit gemachte Fehler zu korrigieren und bessere Antworten für die Zukunft zu finden, zeigte sich Audretsch überzeugt.

Als ersten Schwerpunkt griff er die soziale Frage auf. Das Aufstiegsversprechen, das für die Soziale Marktwirtschaft lange Zeit prägend gewesen sei und die Menschen zu Leistung anspornen könne, habe heute für weite Teile der Gesellschaft keine Gültigkeit mehr. Während früher der Satz „Unseren Kindern wird es einmal besser gehen als uns selbst“ geradezu ikonisch mit der Sozialen Marktwirtschaft verbunden gewesen sei, zeigten aktuelle Befragungen inzwischen ein gegenteiliges Ergebnis: So hätten im Jahr 2021 fast 80 Prozent der Befragten der Aussage zugestimmt, dass es für die nächste Generation zunehmend schwieriger werde, ebenso abgesichert und in vergleichbarem Wohlstand zu leben wie die Menschen heutzutage. Sollte sich diese Entwicklung in der Breite in Richtung der von Oliver Nachtwey beschriebenen „Abstiegsgesellschaft“ verfestigen und Zukunftsangst das dominierende Gefühl werden, drohe das die Gesellschaft, die Demokratie, aber auch die Marktwirtschaft von innen heraus zu zerstören, befürchtete der Politiker von Bündnis 90/Die Grünen und verwies auf bedenkliche Entwicklungen in Teilen der USA.

Als zweiten Punkt hob Audretsch die ökologische Frage hervor. Nur wenn diese gelöst werde, bestehe überhaupt die Chance, dass es zukünftigen Generationen besser gehen könne als den heutigen. Was die fatalen Auswirkungen der Klimakrise angehe, stehe man trotz der bereits auch

in Deutschland zunehmend vorkommenden Naturkatastrophen wie Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen leider erst am Anfang. Umso wichtiger sei es, die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen. International drohe ein Anstieg der klimabedingten Fluchtmigration, wenn immer mehr Regionen unbewohnbar würden. Der Bundestagsabgeordnete kritisierte, dass die Klimakrise der größte Fall von Marktversagen sei, den die Welt je gesehen habe. Umso wichtiger sei es, unser Wirtschaftssystem jetzt zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang plädierte er erstens für einen radikal veränderten Diskurs über Wohlstand, der sich nicht ausschließlich am Bruttoinlandsprodukt (BIP) orientieren dürfe, sondern zusätzliche Indikatoren berücksichtigen müsse. „Bei einem Autounfall steigt das BIP, das ist doch Wahnsinn“, kritisierte Audretsch die einseitige Fokussierung auf diesen Aspekt. Ein wichtiger erster Schritt sei daher, dass der Wirtschaftsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu einem Jahreswohstandsbericht unter Einbeziehung ergänzender Indikatoren weiterentwickelt werde, um so auch die offizielle Debatte seitens der Bundesregierung grundsätzlich zu verändern. Zweitens benötige man für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft veränderte Leitplanken – sowohl beim Preismechanismus als auch bei staatlicher Regulierung. Preise müssten die tatsächlichen Bedingungen abbilden und alle relevanten Kosten, insbesondere also auch Kosten der Umweltnutzung und -verschmutzung beinhalten. Als wichtiges Beispiel nannte er den CO₂-Preis, über dessen Bedeutung inzwischen ein großer gesellschaftlicher Konsens bestehe. In Kombination mit einem Klimageld könne man nicht nur den Klimaschutz stärken, sondern auch mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft erreichen, was wiederum eine wichtige Voraussetzung für die notwendige Akzeptanz von steigenden CO₂-Preisen sei. Darüber hinaus brauche man ein Umsteuern bei der staatlichen Re-

gulation, um mehr Klimaschutz zu erreichen, zeigte sich Audretsch überzeugt. Statt der riesigen deutschen Bürokratie wollten Unternehmerinnen und Unternehmer vor allem Klarheit, Planbarkeit und Einfachheit. Als ein positives Beispiel für eine klare, harte Regulierung führte er die Entscheidung an, ab dem Jahr 2035 nur noch emissionsfreie Autos zuzulassen. Diese staatlich gesetzte Vorgabe schaffe für alle Akteure gleiche Rahmenbedingungen, stärke den Innovationsdruck und passe daher sehr gut in ein marktwirtschaftliches System, so der Politiker.

Als dritten Punkt, an dem ein Umsteuern unerlässlich sei, thematisierte Audretsch verfestigte wirtschaftliche Machtstrukturen, die funktionierenden Märkten entgegenstünden: „Wir sehen in vielen Teilen der deutschen Wirtschaft, dass wir an Punkten gelandet sind, wo wir mehr eine Machtwirtschaft haben und weniger eine Marktwirtschaft“. Exemplarisch nannte er die im Jahr 2008 mit Milliardenhilfen geretteten Banken, die noch immer vom Too-big-to-fail-Problem geprägt seien und derzeit um Hilfen aus dem Restrukturierungsfonds lobbyierten, sowie Energiekonzerne, die derzeit von hohen – leistungs- und risikolos entstehenden – Übergewinnen profitierten. Beides sollte die Gesellschaft nicht einfach akzeptieren. Darüber hinaus gebe es auch im zwischenstaatlichen Bereich bedenkliche Entwicklungen in Richtung „Machtwirtschaft“, etwa im Hinblick auf China und die dortige Staatswirtschaft. „Mit marktwirtschaftlichen Prozessen hat das nicht mehr viel zu tun“, warnte Audretsch und forderte, dass man in Deutschland auf die chinesischen Bestrebungen nach wirtschaftlicher und technologischer Dominanz nicht mehr so naiv wie in der Vergangenheit reagieren dürfe. Gleichzeitig lobte er in diesem Zusammenhang das Agieren der Europäischen Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.

Abschließend zog Audretsch den Kreis zu den eingangs angesprochenen Gerechtigkeitsdefiziten unseres

gegenwärtigen Wirtschaftssystems und konkretisierte den aus seiner Sicht bestehenden Handlungsauftrag an den Staat. Angesichts verfestigter Armuts- und Reichtumsstrukturen plädierte er dabei u.a. für Veränderungen bei der Arbeitsmarktregulierung, um Niedriglöhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Geschlechterdiskriminierung zu verringern, aber auch um bessere Bildungs- und Aufstiegschancen zu schaffen. Staat und Gesellschaft müssten in vielerlei Hinsicht mutige Entscheidungen treffen, um die Marktwirtschaft in sozial-ökologischer Hinsicht weiterzuentwickeln und Rahmenbedingungen anders zu setzen, als das bislang der Fall sei.

In der sich an die Vorträge anschließenden kurzen Diskussionsrunde unterstrich Audretsch auch in Bezug auf die diskutierte Gaspreisbremse, dass man Preise wirken lassen sollte. Allerdings müsse man bedürftige Menschen im Gegenzug substantiell unterstützen, damit niemand aus der Gesellschaft herausfalle. Vor dem Hintergrund knapper staatlicher Kassen sprach er sich zugleich gegen den Abbau der kalten Progression in der derzeitigen Situation aus – auch wenn ein solcher grundsätzlich systematisch in Ordnung sei.

Im weiteren Diskussionsverlauf betonte Audretsch noch einmal die Notwendigkeit, die Marktwirtschaft stärker ökologisch auszurichten und den Märkten entsprechende Regeln vorzugeben. Mit Blick auf das Verbot von Verbrennungsmotoren verwies er auf das sogenannte „Top-Runner-Prinzip“, bei dem eine bestimmte Effizienzstufe durch das „beste“ Produkt vorgegeben werde, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums von allen anderen Produkten ebenfalls erreicht werden müsste, damit sie weiterhin auf dem Markt bleiben dürften. Diese Vorgehensweise könnte auch in anderen Bereichen sinnvoll sein, argumentierte Audretsch, da sich Innovationsdruck und Effizienzwettbewerb so merklich steigern ließen.



Das Hauptwort bleibt Grundlage des Erfolgs: „Soziale Marktwirtschaft“ morgen

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld
*Direktor des Walter Eucken Instituts,
Sprecher des Kronberger Kreises*



Was ist der Kern der Sozialen Marktwirtschaft und was macht ihren Erfolg aus? Diese Fragen bildeten den Ausgangspunkt der Ausführungen von Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Sprecher des Kronberger Kreises und Direktor des Walter Eucken Instituts, der sogleich deutlich machte, was er in diesem Zusammenhang für wichtig erachtet: „Es geht um das Hauptwort und nicht um das Adjektiv“. Der entscheidende Punkt der Marktwirtschaft sei, dass Preise auf Märkten frei gebildet werden. Dadurch könne sich das dezentral verstreute Wissen in den Preisen abbilden, erläuterte der ehemalige Wirtschaftsweisen. Einerseits betreffe dies die Konsumwünsche der einzelnen Konsumenten, die keiner kennen würde, schon gar nicht der Staat. Und andererseits ginge es um das Wissen der Unternehmen über ihre Kosten, Marktchancen und ihr Innovationspotential. Die Koordination dieses Wissens über den Preismechanismus führe zu einer effizienten Ressourcenverteilung und Sorge dafür, dass knappe Ressourcen ihre beste Verwendung in der Volkswirtschaft fänden, argumentierte Feld.

Dieses Grundversprechen der Marktwirtschaft habe jedoch gewisse Voraussetzungen: Am wichtigsten sei es, dass Preise die wahren Kosten ausdrücken und somit auch externe Kosten wie Umweltkosten abbilden. Sollte dies nicht der Fall sein, wäre es volkswirtschaftlich am kostengünstigsten, die Verzerrung direkt im Preissystem zu korrigieren, so Feld. Dabei könne man entweder eine steuerliche Lösung wählen oder über Emissionszertifikate an den Mengen anknüpfen, um Preiswahrheit herzustellen. Stattdessen agiere der Staat zu häufig über Verbote, kritisierte Feld. „Die Vorstellung, der Staat könne wissen, dass es richtig ist, 2035 keine Verbrennungsmotoren mehr zu produzieren, ist fehlgeleitet. Er hat dieses Wissen nicht“.

Wenn man beim Klimaschutz langfristig erfolgreich sein wollte, seien darüber hinaus internationale Vereinbarungen unerlässlich, erläuterte Feld und verwies auf die Entwicklungen am Ölmarkt. Obwohl der Ölpreis im Zeitablauf massive Schwankungen aufweise, entwickle sich der Ver-

brauch nahezu linear. Nur während der Corona-Krise habe es aufgrund des weltweiten Produktionsrückgangs eine deutliche Verbrauchssenkung bei Öl gegeben. Das zeige, dass es ohne weltweite Regelungen nicht gelingen werde, klimaschädliche Emissionen ausreichend zu verringern. Wolle man dabei ein Vorbild für andere sein, müsse man seine Klimaziele mit möglichst geringen Kosten erreichen. „Nur dann werden uns andere Volkswirtschaften der Welt tatsächlich zu folgen bereit sein“, zeigte sich der Ökonom überzeugt.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für ein funktionierendes Preissystem sei die Sicherstellung einer Wettbewerbswirtschaft, da auf vermachteten Märkten Preisverzerrungen an der Tagesordnung seien. „Wettbewerb ist das wichtigste und effektivste Entmachtungsinstrument, das es überhaupt gibt“, betonte Feld: „In dieser Hinsicht ist die Marktwirtschaft schon für sich genommen sozial“. Es sei daher unerlässlich, dass man ökonomischen Machtpositionen durch das Wettbewerbsrecht und eine geeignete Wettbewerbspolitik entgegenwirke. „Historisch betrachtet haben nicht die Weichenstellungen im Adjektiv, sondern hat die Konzentration auf das Hauptwort das Wirtschaftswunder überhaupt ermöglicht“, erinnerte Feld und verwies u.a. auf die Bedeutung der Preisfreigabe nach dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem habe die soziale Umverteilung in Deutschland deutlich zugenommen und ein enges soziales Netz sei entstanden. Vergleiche mit der Situation in den USA halte er daher für verfehlt, ebenso wie das Narrativ einer übermäßigen sozialen Spaltung, die am Ende in Volksaufständen münden könnte. Eher müsse man darüber nachdenken, wie man angesichts der demografischen Entwicklung die drohende Schieflage der sozialen Sicherungssysteme vermeiden könne. Er schloss mit der Überzeugung, dass die Soziale Marktwirtschaft bei Berücksichtigung ihrer Funktionsbedingungen einen wichtigen Beitrag leisten könne, die Herausforderungen des Klimawandels, der die größte aktuelle Wohlstandsbedrohung darstelle, zu bewältigen.



Die Frage, welche Rolle der Wettbewerb in der Marktwirtschaft der Zukunft spielen sollte, beschäftigte Prof. Dr. Heike Schweitzer in ihrem Vortrag ebenso, wie die nach der zukünftigen Verfassung der Marktwirtschaft. Laut der Juristin, die an der Humboldt-Universität zu Berlin forscht und Mitglied im Kronberger Kreis ist, könne man vordergründig durchaus den Eindruck gewinnen, dass die Rolle des Wettbewerbs und die Bedeutung eines effektiven Wettbewerbsrechts derzeit völlig unangefochten seien. In diesem Zusammenhang verwies sie exemplarisch auf die Verabschiedung neuer Wettbewerbsregeln für digitale Plattformen, Anzeichen für eine Wendung im US-Antitrustrecht in Richtung Ordoliberalismus oder die wiederholten Neuerungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Novellen). „Dieser Schein trügt jedoch“, warnte Schweitzer und konstatierte: „Wettbewerb und Wettbewerbschutz sind politisch prekär geworden“. Die Bedrohungen kämen dabei aus unterschiedlichen Richtungen.

Als erstes verwies sie auf das „China-Problem“. Auf den Weltmärkten konkurrierte man mit Unternehmen aus Ländern, die keine vergleichbaren Wettbewerbsregeln hätten, sondern häufig sogar unter massivem Staatseinfluss stünden. Zweitens hätte die Serie von schweren Krisen dazu geführt, dass sich der Staat vom Regelsetzer zunehmend zu einem Krisenmanager entwickelt habe, der in erheblichem Maße in Markt und Wettbewerb eingreife. Damit gehe die für Unternehmen wichtige Konstanz im Regelrahmen verloren. Drittens sei auch jenseits der akuten Krisen eine zunehmende Politisierung der Marktwirtschaft zu beobachten. „Dekaden der Liberalisierung und Individualisierung werden von einer Ära der Environmental Social Governance (ESG) abgelöst“. Allerdings bleibe die Gefahr eines Staatsversagens allgegenwärtig, warnte Schweitzer und diagnostizierte eine Verwirbelung der Verantwortungssphären von Staat und Markt. Viertens schließlich sah Schweitzer Selbstgefährdungspotentiale der Wettbewerbspolitik. Die bisherigen Grundlagen des Wettbewerbsrechts wür-

den zunehmend hinterfragt, Freiheitsschutz als allgemeines Ziel werde von vielen nicht mehr akzeptiert. Mit dem „More Economic Approach“ sei stattdessen die Konsumentenwohlstand als Ziel in den Vordergrund gerückt und Effizienzverluste durch Wettbewerbsverstöße müssten im Einzelfall nachgewiesen werden, erläuterte Schweitzer. Durch die Betonung von ESG werde nun sogar dazu übergegangen, die Konsumentenwohlstand durch die Gesamtwohlfahrt als Zielgröße zu ersetzen, sodass der Gemeinwohlnutzen Verluste bei der Konsumentenwohlstand aufwiegen könne.

Der Kronberger Kreis habe ungeachtet der skizzierten Herausforderungen immer an der Bedeutung des Wettbewerbs für die Marktwirtschaft festgehalten. „Wettbewerb bleibt in der Marktwirtschaft der Innovationstreiber, den wir für die Bewältigung der neuen Herausforderungen dringend brauchen. Wettbewerb macht uns resilienter, nicht schwächer“, zeigte sich die Juristin überzeugt, räumte aber zugleich ein, dass man die neuen Herausforderungen durch die Informationsökonomie und auf globaler Ebene anerkennen müsse. „Das China-Problem ist real“. Eine Verwischung der Rollen und Verantwortlichkeiten von Markt und Staat sei allerdings ebenso der falsche Weg wie der Versuch, Markt durch zentrale Planung zu ersetzen. Das sei beispielsweise auch in der Studie des Kronberger Kreises zum Spannungsfeld zwischen Green Deal und Wettbewerb deutlich geworden. Das weitverbreitete Argument, dass Nachhaltigkeitskartelle zugelassen werden sollten, da ihr Gemeinwohlnutzen den Schaden für die Konsumenten übersteige, sei wenig überzeugend. Vielmehr lasse das Wettbewerbsrecht auch ohne neue Ausnahmeregelungen ausreichend Spielräume für Kooperationen, um Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Darüber hinaus bringe eine weitere Politisierung des Wettbewerbsrechts höhere Kosten und zahlreiche neue Probleme mit sich. Darum zeigte Schweitzer sich überzeugt, dass sich die Herausforderungen der Gegenwart nur mit mehr und keinesfalls mit weniger Wettbewerb lösen lassen.



Der Euro – noch eine stabile, starke Währung?

Prof. Volker Wieland Ph.D.
*Geschäftsführender Direktor des IMFS,
Kronberger Kreis*

Laut Prof. Volker Wieland Ph.D., geschäftsführender Direktor am Institut for Monetary and Financial Studies (IMFS) sowie Mitglied im Kronberger Kreis, habe Alan Greenspan einmal auf die Frage nach der Definition von Preisstabilität mit dem Bonmot geantwortet: „Preisstabilität liegt vor, wenn die Menschen nicht über Inflation reden“. Nach diesem Maßstab gebe es derzeit gute Gründe, sich mit Fragen der Währungsstabilität auseinanderzusetzen, argumentierte Wieland: „Schließlich ist die Währung ein staatliches Produkt.“ Wenn hier etwas schief laufe, handele es sich folglich um Staatsversagen.

Betrachte man die Performance des Euro seit seiner Einführung Ende der 1990er Jahre, sei der inländische Kaufkraftverlust mit durchschnittlich 2 Prozent pro Jahr bisher vergleichsweise moderat gewesen, erläuterte der ehemalige Wirtschaftsweisen, auch wenn die Währung von Beginn an stetig an Wert verloren habe. Da die Inflation in den Jahren nach der Finanzkrise sogar deutlich niedriger gelegen habe, halte die Europäische Zentralbank (EZB) ihr selbstgesetztes 2-Prozent-Inflationsziel im langjährigen Durchschnitt noch ein. Das gelte selbst dann, wenn das seit dem Jahr 2021 stark steigende Preisniveau miteinberechnet wird. Die Berücksichtigung solcher Nachholeffekte bei der Verfolgung des Inflationsziels, dass also Phasen mit einer im Vergleich zum Zielwert zu niedriger Inflationsrate mit Phasen mit einer über dem Zielwert liegenden Inflationsrate zusammengerechnet werden, sei mittlerweile Bestandteil der geldpolitischen Strategie der EZB geworden, betonte Wieland. Zugleich warnte er davor, dass es angesichts der derzeitigen Preisdynamik zu einem deutlichen Überschießen des Verbraucherpreisindex über das langfristig angestrebte Zielniveau kommen werde. „Die Idee mit dem Nachholen war vielleicht ein bisschen zu viel des Guten. Aber so ist das Framing“. Der Blick auf die bisherige Entwicklung des Außenwerts des Euro zeige hingegen bis zum aktuellen Rand wieder ein eher stabiles Bild ohne allzu große Veränderungen. Ob das auch in Zukunft so bleibe oder ob der

Euro deutlich abwerten werde, sei eine offene Frage, die sich viele derzeit stellen.

Mit Blick auf die aktuelle Politik der EZB zeigte sich Wieland besorgt, dass die Notenbank auf den aktuellen Inflationsanstieg zu langsam und zu zaghaft reagiere. So hätten sich die mittelfristigen Inflationserwartungen seit Mitte 2020 deutlich erhöht und lägen im Euro-Raum nun erstmals seit längerem wieder über denen in den USA. Zudem sei der Realzins, gemessen als Nominalzins abzüglich der (erwarteten) Inflationsrate, trotz der jüngsten Leitzinserhöhungen der EZB weiterhin deutlich negativ. Damit seien Kredite real weiterhin äußerst billig, konstatierte der Ökonom und bezweifelte, dass die bisherigen geldpolitischen Maßnahmen ausreichend seien, um die Inflation wieder in den Griff zu bekommen. Die Notenbanken der USA und des Vereinigten Königreichs hätten auf den Inflationsanstieg deutlich schneller mit kräftigen Zinserhöhungen reagiert.

Wieland räumte ein, dass der derzeitige Inflationsanstieg auch durch externe Schocks mitverursacht werde. „Aber eben nicht nur“. Die EZB habe mit ihrer lockeren Geldpolitik und den massiven Ankäufen von Staatsanleihen die Geldmenge massiv ausgeweitet, während es krisenbedingt gleichzeitig zu einer Verknappung des Güterangebots kam. „Kein Wunder, dass wir aus Corona schon einmal mit einem Inflationsschub gestartet sind“, so Wieland. In der gegenwärtigen Dynamik dominiere die Fiskalpolitik und es werde für die EZB sehr schwierig, ihr Inflationsziel wieder zu erreichen, wenn sich die Staaten weiterhin so stark verschuldeten und nachfragewirksame Entlastungspakete beschlössen, zeigte sich der Geldpolitikexperte überzeugt. Das im Sommer von der EZB neu eingeführte selektive Staatsanleihekaufprogramm „Transmission Protection Instrument“ zur Begrenzung von Zinsaufschlägen stimme diesbezüglich eher skeptisch. Darüber hinaus sei es für die Inflationsbekämpfung fatal, wenn der Staat angebotsseitig das Energieangebot, etwa durch das Abschalten von Kernkraftwerken, weiter verknappe.



Podiumsdiskussion: Den Rahmen für Wohlstand und Nachhaltigkeit richtig setzen

Die von der Journalistin **Dr. Ursula Weidenfeld** kompetent geleitete Podiumsdiskussion zum Thema „Den Rahmen für Wohlstand und Nachhaltigkeit richtig setzen“ zeigte ein breites Meinungsspektrum, sowohl hinsichtlich grundsätzlicher Aspekte zur zukünftigen Rolle und Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft als auch in Bezug auf die aktuellen Krisen und die von den Regierungsparteien ins Auge gefassten politischen Maßnahmen.

Franziska Brandmann

Bundenvorsitzende der Jungen Liberalen

Franziska Brandmann, Bundenvorsitzende der Jungen Liberalen, zeigte sich in der Diskussion als überzeugte Fürsprecherin und Unterstützerin der Sozialen Marktwirtschaft. Unter Verweis auf ihre persönliche Familiengeschichte – ihre Mutter war 1989 kurz vor dem Fall der Mauer unter schwierigen Bedingungen aus der DDR ausgereist – betonte sie, dass man marktwirtschaftliche Grundprinzipien wie Freiheit und Selbstbestimmung gar nicht hoch genug wertschätzen könne. Nicht nur die Kraft der Demokratie, sondern auch die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft seien prägend für unsere Gesellschaft. Die letzte Bundestagswahl habe gezeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft auch bei jüngeren Menschen auf große Zustimmung stoße. Ein nennenswerter Teil der Jüngeren wolle sich nicht auf dem bisher Erreichten ausruhen und den Wohlstand nur umverteilen oder gar vergesellschaften, wie es beispielsweise in den Jugendorganisationen einiger parteipolitischer Mitbewerber gefordert werde. „Wenn wir Chancengerechtigkeit ernst meinen, wenn wir sozialen Aufstieg ermöglichen wollen, dann kommen wir um die Soziale Marktwirtschaft nicht herum“, zeigte sich die liberale Politikerin überzeugt.

Auch im Kampf gegen den Klimawandel müsse man auf Marktmechanismen setzen, forderte Brandmann und verwies darauf, dass die Soziale Marktwirtschaft ihre Kraft

immer dann entfalte, wenn es um knappe Güter gehe. Ähnlich wie Prof. Dr. Justus Haucap in der weiteren Diskussion, kritisierte sie die Aussetzung der Erhöhung des CO₂-Preises und forderte, dass man mehr Sektoren in den CO₂-Zertifikatehandel einbeziehen müsse, um die angestrebten klimapolitischen Effekte zu erzielen.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels plädierte sie für eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters und forderte, die arbeitsfeindliche Überregulierung des Arbeitsmarktes, nicht zuletzt für Ältere, zu verringern. „Jede Stunde, die jemand mehr arbeitet, muss sich lohnen, egal wie alt man ist.“ Immerhin werde nun – nach Jahren des rentenpolitischen Stillstands – mit der Einführung der Aktienrente eine wichtige Weichenstellung in Richtung mehr Kapitaldeckung vorgenommen, betonte Brandmann. Zwar teilte sie die von Tilman Kuban MdB in der Diskussion geäußerte Einschätzung, dass der Staat angesichts der krisenhaften Entwicklung einen erheblichen Finanzierungsbedarf



habe, gleichwohl begrüßte sie den Abbau der kalten Progression und argumentierte: „Das sind keine Hilfen, das ist eine Aussetzung von Mehrbelastung“.



Tilman Kuban MdB

Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschland

Tilman Kuban MdB, Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschland, hob in der Diskussion zunächst die ausgleichende Rolle der Sozialen Marktwirtschaft hervor. „Sie versöhnt zwischen Wirtschaftsordnung und Gesellschaft und ist das, auf was wir setzen sollten“. Allerdings sei es in den zurückliegenden Jahren zu einer gewissen Schiefelage gekommen. Statt auf wirtschaftliche Vernunft und Stabilität zu setzen, habe der Fokus eher darauf gelegen, sich sozialen Frieden mit der Gießkanne zu erkaufen. Daher wünsche er sich – auch mit Blick auf seine eigene Partei – dass die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, nämlich Eigenverantwortung und Solidarität, wieder stärker Beachtung fänden. Dazu gehöre einerseits, ausreichend Freiräume für wirtschaftliche Aktivität zu lassen, und andererseits soziale Unterstützung zielgenau auf Bedürftige zu konzentrieren.

Letzteres sei in der gegenwärtigen Krise besonders wichtig, argumentierte der CDU-Politiker und kritisierte, dass die Entlastungspolitik der Ampelkoalition angesichts knapper öffentlicher Mittel falsche Prioritäten setze. Bei allen ordnungspolitisch richtigen Maßnahmen müsse sich die Bundesregierung jetzt viel stärker auf Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie vom Energiepreisanstieg besonders betroffene Unternehmen konzentrieren. Sonst drohe eine Spaltung der Gesellschaft, weil viele Menschen auf der Strecke blieben.

Mit Blick auf die jüngere Generation forderte Kuban, eine Aufstiegsgesellschaft zu schaffen, die den Jüngeren nicht zu viele fiskalische Belastungen in den sozialen Si-

cherungssystemen auferlege. In den letzten Jahren sei jedoch ein anderer Kurs verfolgt worden, diagnostizierte der CDU-Politiker und kritisierte, dass vor allem die Babyboomer versuchten, ihren Wohlstand im Alter zu sichern. Auf die Jüngeren kämen dadurch erhebliche finanzielle Belastungen zu. Gleichzeitig müssten sie für ihre eigene Zukunft vorsorgen und dringend notwendige Innovationen auf den Weg bringen. Hier drohe ein echter Generationenkonflikt, warnte Kuban und plädierte für eine mutigere und generationengerechtere Renten- und Sozialpolitik als bisher.

Abschließend mahnte der Vorsitzende der Jungen Union, dass man angesichts des Systemwettbewerbs mit autokratischen Ländern wie China schneller als in der Vergangenheit handeln müsse. Das betreffe sowohl Kooperationen mit anderen demokratischen Ländern zur Stärkung von Sicherheit und Freihandel, aber auch Angebote für eine Zusammenarbeit an Staaten in Afrika und Lateinamerika. „Wenn wir das nicht machen, werden es die Chinesen und Russen tun“.

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Präsident des ifo Instituts, Kronberger Kreis

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts und Mitglied im Kronberger Kreis, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, bewertete das von Dr. Andreas Audretsch vorgeschlagene Konzept des „Top-Runner-Prinzips“ höchst kritisch. Dieses sei mit seinem Grundverständnis einer Marktwirtschaft nicht kompatibel, da es den Preismechanismus ignoriere. Stattdessen würde der Staat bei diesem Regulierungsansatz mehr oder weniger willkürlich vermeintlich unerwünschte oder ineffiziente Produkte verbieten, wie es etwa gerade beim Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 der Fall sei. Diese Festlegung durch den Staat, dass andere Verwendungen von CO₂ besser seien, sei eine Anmaßung von Wissen,



die im Irrtumsfall zu Wohlfahrtsverlusten führe, betonte der Wissenschaftler. Demgegenüber skizzierte er die marktwirtschaftliche Alternative: „Wir bepreisen CO₂-Emissionen und überlassen es dem Markt, ob der Verbrennungsmotor überlebt oder nicht“. Genau dafür gebe es den Rechtehandel bei CO₂-Emissionen. Natürlich führten Verbote – selbst, wenn sie so unsinnig sein sollten wie die Vorschrift, ständig auf einem Bein laufen zu müssen – aufgrund der notwendigen Anpassungen auch zu Innovationen, nur mit Marktwirtschaft habe das für ihn nichts mehr zu tun, gab Fuest zu bedenken.

Zudem diagnostizierte Fuest zwei aus seiner Sicht eklatante Fälle von Politikversagen. Erstens sei man die Energiekrise in der zeitlich falschen Reihenfolge angegangen, indem man zuerst beschlossen habe, die funktionierende bestehende Energieinfrastruktur abzuschaffen, ohne zu wissen, ob die neue Alternative mit erneuerbaren Energien und Wasserstoff überhaupt ausreichend gut funktionieren werde. Stattdessen hätte man erst die erneuerbaren Energien entwickeln und dann die Kernkraftwerke abschalten sollen, zeigte sich Fuest überzeugt. Zweitens kritisierte er, dass es in Deutschland an ausreichenden Real-time-Daten fehle, um die Lage der Wirtschaft in der aktuellen Krise sinnvoll beurteilen zu können. Viele wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen müssten ohne ausreichende Datengrundlage getroffen werden. „Wir segeln als entwickeltes Industrieland in einem kompletten Blindflug durch eine Krise nach der anderen, weil wir nicht in der Lage sind, einfachste Daten zu erheben“, kritisierte Fuest und betonte die Notwendigkeit, diesbezüglich möglichst schnell Fortschritte zu machen.

Der ifo-Präsident stellte den weitgehenden Konsens zwischen allen Rednern heraus, dass sich die Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem durchgesetzt habe. Das sei nicht immer so gewesen und es habe eine Zeit gegeben, als auch manche Ökonomen überzeugt gewesen seien, dass die Zentralverwaltungswirtschaft die Zukunft sei. „Das erscheint uns heute unsinnig, weil wir es besser wissen, weil wir bestimmte Erfahrungen gemacht haben“. Er wertete es als positiv, dass heute nur noch über unterschiedliche Instrumente gesprochen werde, aber niemand mehr eine Zentralverwaltungswirtschaft einführen wolle. „Dafür darf man dankbar sein“, schloss Fuest.

Prof. Dr. Justus Haucap

Gründungsdirektor des DICE, Kronberger Kreis

Prof. Dr. Justus Haucap, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) und Mitglied im Kronberger Kreis, zeigte sich im Hinblick auf die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Grundprinzipien nicht ganz so optimistisch wie sein Vorredner. Er sei besorgt, dass die ursprünglich in der Sozialen Marktwirtschaft angedachte überaus sinnvolle Trennung zwischen marktlichen Aktivitäten einerseits und der nachfolgenden Umverteilung durch

den Staat mittels Steuern und Transfers andererseits zunehmend erodiere. „Peu à peu setzt sich die Idee durch, dass man schon im Markt die ganze Umverteilung organisieren sollte“, kritisierte der Ökonom und verwies als prominente Beispiele auf den Mindestlohn, die Idee des Berliner Mietendeckels oder – ganz aktuell – die geplanten Eingriffe in die Energiepreise für Verbraucher. Die Umverteilung innerhalb des Marktes führe jedoch zu erheblichen Problemen, weil Preise dann ihre Signalfunktion verlören und in der Regel weitere nachgelagerte Regulierungsschritte notwendig würden. Politisch sei eine Umverteilung innerhalb des Marktes allerdings attraktiv, da es zu keinen größeren Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte käme, erläuterte Haucap.



In Bezug auf den Klimawandel teilte Haucap zwar die Einschätzung von Andreas Audretsch, dass es ein gravierendes Marktversagen in Form nicht internalisierter externer Effekte gebe. Allerdings müsse man auch ein erhebliches Politikversagen konstatieren, da bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen zu wenig auf Preise gesetzt werde. So hätte er es für sinnvoller gehalten, die geplante Erhöhung des CO₂-Preises nicht auszusetzen, sondern die Einnahmen den Bürgern zurückzugeben. Man brauche veränderte Relativpreise, um die gewünschte Lenkungswirkung und den notwendigen Innovationsdruck zu induzieren, erläuterte der Wettbewerbsökonom.

Zusammenfassend plädierte Haucap für mehr angebotsseitige Reformen, anstatt jedes neue Problem mit noch mehr staatlichem Geld und höheren Transferzahlungen überdecken zu wollen. Vor allem was die Digitalisierung beträfe, läge in Deutschland vieles im Argen, sodass Effizienzpotentiale, etwa im Gesundheitsbereich, weitgehend ungenutzt blieben. Obwohl man in Deutschland über die notwendigen Ressourcen an Menschen und Technik verfüge, agiere man gesellschaftlich so vorsichtig, dass man nur sehr langsam vorankomme.

Prof. Dr. Berthold U. Wigger

Karlsruher Institut für Technologie, Kronberger Kreis

Prof. Dr. Berthold U. Wigger, Lehrstuhlinhaber am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und Mitglied im Kronberger Kreis, griff zunächst noch einmal die Rolle von Preisen in der Sozialen Marktwirtschaft auf. Es sei wichtig, hohe Preise nicht nur als Problem, sondern bereits als Teil einer Lösung zu sehen, da sie letztendlich nur die dahinterstehenden realen Knappheiten abbildeten. Diese stellten das eigentliche Problem dar, während hohe Preise die notwendigen Anpassungsreaktionen induzierten.

Zugleich warnte der Finanzwissenschaftler davor, sich politisch ausschließlich auf die derzeit offenkundig drängendsten Probleme Energiekrise und Klimawandel zu konzentrieren. Man dürfe andere Herausforderungen, deren Auswirkungen erst in etwas fernerer Zukunft direkt spürbar würden, nicht ignorieren, auch wenn eine solche Verdrängung verhaltensökonomisch gut erklärbar sei. „Ein Problem, das man immer auch auf der Agenda haben muss, ist der demografische Wandel“, betonte Wigger und äußerte die Befürchtung, dass man den damit verbundenen Herausforderungen derzeit deutlich zu wenig Beachtung schenke. „Wir verlieren das zu sehr aus dem Blick, insbesondere auch die Frage, wie es gelingen kann, Menschen länger im Arbeitsprozess zu halten.“

Die Soziale Marktwirtschaft benötige einen handlungsfähigen Staat mit qualifizierten und motivierten Mitarbeitern. Allerdings habe er die Sorge, dass der öffentliche Sektor für junge, gut ausgebildete Menschen



immer unattraktiver werde: „In einigen Bundesländern beobachten wir schon, dass es ungeheuer schwierig ist, Nachwuchs bei Richtern zu finden“. Ähnliches gelte auch im technischen Bereich für Ingenieure, was vor allem an der größeren Lohnspreizung im privaten Sektor liege. Der öffentliche Sektor zeichne sich demgegenüber durch ein hohes Maß an Lohnkompression aus, was ihn eher für weniger gut Qualifizierte attraktiv mache. Wigger schloss mit der Befürchtung, dass man damit den Staat schwäche – und am Ende auch die Funktionsweise unseres Gemeinwesens.



Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text:
Dr. Guido Raddatz
raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Dirk Hasskarl